



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 3. Juni 2020

Von Wolfgang Liedtke

In der Juni-Sitzung des Grossen Gemeinderates wird jeweils die Jahresrechnung der Stadt Adliswil vorgelegt. Weil es in derselben Sitzung auch eine ausserordentliche Fragestunde gibt, gehört die Juni-Sitzung zu den langen im Sitzungskalender. Neben der Jahresrechnung waren ein Postulat und zwei Interpellationen traktandiert, welche in der vergangenen Doppelsitzung aus Zeitmangel nicht behandelt werden konnten. Auch diese Sitzung fand wieder in der Turnhalle Tüfi unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln statt.

Mitteilungen

Stadtrat Markus Bürgi informierte den Rat über den erfolgreichen Verlauf des Pilotprojektes Musikschule, bei dem den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geboten wird, den Instrumentalunterricht in ihrem Schulhaus zu nehmen. Dies hat zu einer deutlichen Zunahme der Anmeldungen in der Musikschule geführt. Das Ausweiten des Projektes auf weitere Schulhäuser wird zurzeit durch kantonale Behörden mit Verweis auf bestehende Regularien verzögert.

Ausserordentliche Fragestunde

Mario Senn (FDP) erkundigte sich, ob die Minderarbeit während des Lock-down zum Abbau von Überzeitsaldi in der Stadtverwaltung genutzt wurde und ob die Angestellten der Stadt zur Inanspruchnahme ungeplanter Ferien angehalten wurden. Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) bestätigte das Ziel, die Kurzarbeit zum Abbau von Überstunden zu nutzen. Einen Überblick dazu werde die Stadtverwaltung jedoch erst zum Jahresende haben. Verpflichtungen zu ungeplanten Ferien habe es nicht gegeben.

Harry Baldegger (FW) wollte wissen, ob für den Erweiterungsbau der Zurich International School (ZIS) ein Verkehrskonzept von der Bauherrin eingefordert wurde. Stadtrat Felix Keller (parteilos) bestätigte dies. Die Stadt habe im vorgelegten Konzept auch Änderungen verlangt, so einen bestimmten Anteil an ÖV-Benutzung durch Schüler, Schülerinnen und Lehrpersonen, und sich die Forderung von Nachbesserungen vorbehalten.

Hanspeter Clesle (EVP) beklagte die grosse Zahl an Baustellen, die zudem den Verkehr zwischen den Quartieren links und rechts der Sihl zurzeit stark behinderten, und erkundigte sich nach einer Baustellenplanung. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte, dass es ein Baustellenkonzept gebe, in das auch die Planungen des Kantons und der Nachbargemeinden einbezogen würden. Die aktuelle Häufung der Baustellen erkläre sich durch nicht planbare Ereignisse wie beispielsweise eine marode Gasleitung in der Poststrasse.

Daniel Schneider (GP) wollte wissen, ob die Stadtverwaltung sich für eine neue Pandemie oder eine zweite Welle der Corona-Pandemie durch Einlagerung von Masken und Hygieneartikeln gerüstet habe. Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) erwiderte, dass es nicht Aufgabe einer Gemeinde sei, Hygieneartikel zu lagern. Dies läge in der Verantwortung der Privathaushalte. Die Korrekturmassnahmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich würden fortgesetzt, überdies sei die überregionale Koordination der Massnahmen wichtig.

Planung und Realisierung eines Gemeinschaftszentrums

In einem Postulat haben Angelika Sulzer (SP), Esen Yilmaz (SP), Walter Übersax (CVP), Angela Broggini (GP), Gabriel Mäder (GLP) und Bernie Corrodi (FW) den Stadtrat gebeten

zu prüfen, mit welchem Konzept und an welchem Standort ein Gemeinschaftszentrum realisiert werden könne. Sie begründeten ihr Anliegen damit, dass Adliswil grösser, urbaner und moderner, aber auch anonym geworden sei. Viele der bestehenden Angebote seien geographisch eingeschränkt, nur auf eine Altersgruppe ausgerichtet oder sogar beides. Für Familien mit Kleinkindern fehle es gar gänzlich an einer passenden Infrastruktur, die sie jederzeit und unverbindlich besuchen können. Ein GZ würde die Möglichkeit bieten, die Angebote für alle Altersschichten und alle Quartiere zu bündeln, auszubauen und kosteneffizienter zu erbringen.

Der Stadtrat lehnte in seiner Antwort eine Prüfung des Anliegens mit dem Argument ab, dass bereits jetzt Angebote zur Vernetzung in den Quartieren von unterschiedlichen Akteuren bestünden und er auf Anfrage von Privatpersonen Räumlichkeiten für entsprechende Aktivitäten zur Verfügung stellen könne. Ein zentrales Angebot lehnte er mit dem Hinweis ab, dass er lieber die Quartierentwicklungen fördern wolle.

Als Erstunterzeichnende vertrat Angelika Sulzer (SP) das Anliegen der Postulanten mit den folgenden Worten:

Zu Beginn möchte ich mich beim Stadtrat für die schnell Abklärung und Überprüfung des Postulats «Gemeinschaftszentrum» bedanken. Gerne möchten wir näher auf die Quartierarbeit eingehen.

Die Förderung der Quartierarbeit finden wir eine gute und sinnvolle Arbeit. Aus Sicht von Familien mit Kindern gibt es hier bisher jedoch hauptsächlich Ankündigungen. So war das Quartierprojekt Rellsten/Zopf/Oberleimbach nur bei der Vernetzung der älteren Quartierbewohner erfolgreich. Ein Angebot für Familien mit Kindern konnte im Rahmen dieses Projektes nicht aufgebaut werden. Auch das in der Antwort erwähnte Angebot in Werd entspricht nicht den Bedürfnissen der Familien. Denn wenn das Programm immer nur donnerstags angeboten wird, haben berufstätige Eltern unter Umständen keine Möglichkeit das Angebot zu nutzen.

Ein aktueller Stand zu den jetzigen Angeboten in unserer Stadt: Fast alle Aktivitäten für Eltern mit ihren Kindern in Adliswil sind ab zweieinhalb Jahren. Deshalb sehen sich die Familien unserer Stadt gezwungen, in die umliegenden Gemeinden oder nach Zürich ausweichen, um ein passendes Angebot zu nutzen. Gerade in der Anfangszeit ist es wichtig die Familien für unser Stadtleben zu motivieren.

Der Nutzen eines GZ wird nie versanden, weil es immer wieder junge Familien oder Grosseltern mit ihren Enkeln gibt, die froh um ein solches Angebot sind. Auch spielt die Jahreszeit keine Rolle. Das Angebot eines GZ kann ganzjährig und täglich ab Geburt genutzt werden als ein Ort, wo Familien gerne hingehen und sich treffen. Aus eigener Erfahrung und im Austausch mit anderen Eltern kann ich sagen, wie schwierig es in der Praxis ist, ein gutes soziales Umfeld aufzubauen unter diesen Voraussetzungen.

Völlig unbefriedigend aus Sicht der Familien ist es, die Einrichtung eines zentralen Gemeinschaftszentrums abzulehnen mit dem Hinweis, öffentliche Räume in den Quartieren könnten auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Das Anliegen des Postulats, ein städtisches Angebot einzurichten, wird umgemünzt in die private Initiative von Eltern, denen die Stadt auf Anfrage Räume zur Verfügung stellen will. Dabei müssten die Eltern mit anderen Initiativen und mit Vereinen um die Belegung der Räumlichkeiten konkurrieren. Darüberhinaus übergeht der Stadtrat in seiner Stellungnahme den Umstand, dass es in den Quartieren häufig an geeigneten Räumen fehlt oder den Eltern zumindest solche Räume nicht bekannt sind. Die Dezentralisierung in die Quartiere hätte zudem den Nachteil, dass es schwierig wäre, ein attraktives Angebot aufzubauen und aufrecht zu erhalten. Dies wird in Adliswil nur mit einer zentralen Einrichtung möglich sein.

Gerade eine Stadt wie Adliswil, die aufgrund ihrer Altersstruktur am Zuzug jüngerer Familien interessiert ist, sollte unserer Meinung nach alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine familienfreundliche Stadt zu sein. Wir finden es sehr bedauerlich und schade, dass der Stadtrat den Nutzen und die Notwendigkeit eines GZ für die Familien in unserer Stadt nicht erkannt hat!

In der folgenden, teilweise emotional geführten Debatte wiederholte Mario Senn die Argumente des Stadtrates, indem er teils zusammenhanglos die bestehenden Angebote und Einrichtungen der Stadt wie Haus Brugg und Kuturschachtel und auch der Kirchgemeinden

und der Nachbargemeinden im Bezirk aufzählte. Er konnte es sich auch nicht verkneifen darauf hinzuweisen, dass durch die Annahme der Bodeninitiative der SP und der GP dem städtischen Investitionshaushalt in Zukunft 15 Mio Franken fehlen würden. Gabriel Mäder (GLP) wies darauf hin, dass eine Zentralisierung der bestehenden dezentralen Angebote die Möglichkeit finanzieller Einsparungen böte. Angela Broggin (GP) schilderte ihre eigenen Erfahrungen als Mutter, ein passendes Angebot für ihre Kinder zu finden und sich mit anderen Eltern zu vernetzen. Angelika Sulzer (SP) beantwortete eine Frage von Erwin Lauper (SVP) nach dem Umfang der Nachfrage und rechnete vor, dass es mehr als tausend Kinder im Vorschulalter in Adliswil gebe. Esen Yilmaz (SP) ging auf die Argumente Mario Senns im Einzelnen ein und widerlegte sie. Er wies darauf hin, dass die Postulanten ein solches Angebot als städtische Aufgabe sehen und nicht der Eigeninitiative der Eltern überlassen möchten. Marion Senn (FDP) antwortete darauf, dass er gerade die Eigeninitiative der Eltern als wichtig empfinde.

Die SP-Fraktion beantragte eine geheime Abstimmung, Mario Senn konterte mit dem Antrag auf namentliche Abstimmung. Da für die namentliche Abstimmung nur sechs Unterstützer benötigt werden, für die geheime Abstimmung jedoch die Mehrheit des Gemeinderates, kam es zur namentlichen Abstimmung, welche mit 17 Ja zu 17 Nein ausging. Mit seinem Stichentscheid gegen die Überweisung des Postulats schloss der Gemeinderatspräsident das Geschäft. Wenn das Anliegen auch erneut abgewiesen wurde, so ist die Unterstützung im Gemeinderat seit dem letzten Versuch deutlich gewachsen.

Jahresrechnung 2019

Erneut konnte der Stadtrat eine positive Jahresrechnung mit einem Gewinn von ca. 8,5 Mio Franken vorlegen, zum dreizehnten Mal in Folge, wie der Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), Thomas Iseli (FDP), erläuterte. Er bezeichnete diesen Gewinn als gute Grundlage für die anstehenden Infrastrukturinvestitionen der Stadt. Dass nahezu alle Ressorts mit ihrem Ergebnis unterhalb des Budgets blieben, bewertete er als erfreulich, sah dies aber auch als Zeichen für Sparpotenzial.

Daniela Morf (SVP) fragte den Stadtrat nach Strategien zur Ansiedlung neuer Unternehmen in Adliswil. Sie kritisierte Lohnsteigerungen bei den Angestellten der Stadtverwaltung und drückte ihre Sorge über konjunkturelle Eintrübungen aus. Auch sie – wie ebenfalls im Anschluss Silvia Helbling (FDP) - bedauerte, dass mit der Annahme der Bodeninitiative die «Finanzierungsquelle Grundstücksverkauf» versiegt sei. (Offenbar schmerzt der Erfolg der SP und der Grünen bei dieser Abstimmung die bürgerlichen Parteien so sehr, dass dieser Hinweis uns noch einige Zeit begleiten wird. Die Einwürfe unterstreichen aber auch, wie wichtig die Verhinderung des Verkaufs der letzten Landreserven war.)

Für die SP-Fraktion argumentierte Esen Yilmaz wie folgt:

Die Jahresrechnung 2019 weist einen Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken und somit 8,2 Mio. Franken tiefer als budgetiert aus! Die Differenz fliesst in die finanzpolitische Reserve. Damit verbunden ist das Eigenkapital um 15,1 Mio. auf satte 96,1 Mio. Franken angestiegen, welche mehr als das Doppelte der langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen nachweist, diese liegen nämlich bei 46 Mio. Franken. Zudem hat sich die projizierte Nettoverschuldung pro Einwohner nicht bewahrheitet, denn beim Budget spricht der Stadtrat von 2589 Franken, effektiv sind es nur 812 Franken.

Die anstehenden Investitionen sind gut kalkuliert und scheinen, ohne kalte Füsse zu bekommen, finanzierbar zu sein, da die gute, bisher noch nie dagewesene Finanzlage das erlaubt. Gekürzte Ausgaben gerade im Bereich der Bildung mit 1,6 Mio. Franken sind zu hinterfragen. Ausgerechnet bei wachsenden Schülerzahlen und dem Bedarf der schulischen Bildung hat man hier gekürzt. Dies sollte nicht zu Lasten unseres Schulsystems, der Kinder und Lehrpersonen anfallen.

Das Ressort Soziales, welches nach der Bildung über das grösste Budget verfügt, hatte die Finanzen ebenfalls gekürzt. Hier ist die Differenz zum Budget um 0,55 Mio. Franken tiefer ausgefallen, welches hoffentlich nicht zu Lasten der Bedürftigen und unserer älteren Bevölkerung gegangen ist. Die Jahresrechnung scheint die Planung gemäss Budget und

gesetzlichen Vorgaben, trotz der merklichen Senkung beim Ressort Bildung und Soziales, wiederzuspiegeln.

An dieser Stelle möchten wir dem Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit, welche nicht nur die finanzielle Zukunft unserer Stadt beeinflusst, für die wertvolle Arbeit danken. Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrates und empfiehlt die Jahresrechnung 2019 zu genehmigen.

Daniel Frei kritisierte die häufigen Verschiebungen von Bauprojekten im Tiefbau, weshalb das Budget nicht ausgeschöpft werde, und regte an, durch realistischere Planung tiefer budgetieren zu können. Ausserdem mahnte er, die zu hohen Abfallgebühren zu senken.

Finanzvorsteherin Karin Fein (FW) ging auf die Kritiken verschiedener Vorredner ein. Sie legte ausserdem dar, dass aus ihrer Sicht die Steuereinnahmen der juristischen Personen nicht nachhaltig, weil konjunkturell abhängig seien. Als nachhaltiger sehe sie die Einnahmen aus den natürlichen Steuerzahlern an.

Die RPK war mit ihrem Antrag dem des Stadtrates gefolgt und es war bereits vorher absehbar, dass alle Fraktionen diesem Antrag folgen würden. So wurde die Jahresrechnung einstimmig abgenommen.

Geplante Verkehrsentwicklung

Als Erstunterzeichnender würdigte Stefan Neubert (GLP) die Beantwortung der Interpellation zur geplanten Verkehrsentwicklung durch den Stadtrat. Er stellte die Frage, wie Adliswil in 20 Jahren aussehen soll, und vermisste klare Linien in der Verkehrspolitik. So kritisierte er, dass der Stadtrat beim Verkehr zu passiv sei, indem er beispielsweise die Abnahme des Durchgangsverkehrs durch Adliswil seit der Eröffnung des Uetlibergtunnels begrüsse, statt eigene Forderungen zur Verringerung des Verkehrs zu formulieren.

Patrick Sager (FDP) forderte das Recht auf freie Wahl des Verkehrsmittels und kritisierte die einseitige Förderung des defizitären ÖV. Die Politik müsse die geeigneten Rahmenbedingungen für alle Verkehrsmittel schaffen, so auch für die Angebote der Shared Economy mit E-Bikes und E-Trottinetts. Im Namen der FDP lehnte er Tempo 30 auf Hauptstrassen ab und verwies hinsichtlich der Verringerung von LKW-Fahrten im Ortszentrum auf das Entwicklungsgebiet Lätten.

Für die SP-Fraktion sprach Sait Acar:

Die SP-Fraktion begrüsst die Fragen in der Interpellation. Wir glauben allerdings, dass es noch eine Reihe von offenen Fragen im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung gibt, die ebenfalls dringend gestellt werden müssten.

Die Fragen der Interpellanten beziehen sich in erster Linie auf den Durchgangsverkehr. Es ist erfreulich, dass dieser nach der Eröffnung des Uetlibergtunnels und der A4 im Säuliamt deutlich zurück gegangen ist. Ein nicht unwesentlicher Anteil des Verkehrs innerhalb von Adliswil ist aber nicht dem Durchgangsverkehr zuzurechnen. Zwei Beispiele:

Vermutlich jeder hier in diesem Raum hat schon den nachmittäglichen Stau in der Soodstrasse erlebt. Mit der Erhöhung der Taktfrequenz der Sihltalbahn ab Ende dieses Jahrzehnts wird sich diese Situation ohne entsprechende Massnahmen drastisch verschärfen, weil ein grosser Teil des Verkehrs, welcher jetzt über den Bahnübergang Sood auf die Sihltalstrasse abfließt, dann ebenfalls über den Kreisverkehr an der Bahnhofsbrücke fließen wird, wenn nicht die Überquerung der Bahngleise neu gelöst wird. Die verbleibende Zeit wird immer knapper. Wir wissen von anderen grossen Bauprojekten, wieviel Zeit von der Planung bis zur Umsetzung vergeht. Wir würden gerne wissen, welche Konzepte die Stadt für die Soodstrasse bzw. den Bahnübergang Sood hat und wie ein etwaiger Zeitplan aussieht.

Am Soodring – oder wie die neu gestaltete Strasse im Verlauf der Sihltalstrasse in Zukunft auch immer heissen wird – werden in naher Zukunft zwei Einkaufsmärkte eröffnet. Dies wird zu neuen Verkehrsströmen – innörtlichen Verkehr wie auch Verkehr aus den benachbarten Gemeinden – führen. Ist dies bereits in das Verkehrskonzept eingeflossen? Wo soll dieser zusätzliche Verkehr fließen? Ist an eine Anpassung des Ortsbusnetzes gedacht, um die

Einkaufsmärkte mit öffentlichem Verkehr erreichbar zu machen? Wird es möglich sein, diese Einkaufsmärkte bequem und sicher mit dem Velo zu erreichen?

Ausserdem ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass in der Interpellation wie auch in der Antwort der Veloverkehr zu kurz kommt. Durch den Einsatz von E-Bikes werden heute wieder längere Strecken mit dem Zweirad zurückgelegt. Berücksichtigt das Verkehrskonzept der Stadt diese Tatsache, indem es beispielsweise gemeinsam mit dem Kanton den überregionalen Veloweg entlang der Sihl besser ausbaut und beschildert?

Für 2024 hat der Stadtrat einen neuen Richtplan für den Fuss- und Veloverkehr angekündigt. Die SP-Fraktion erwartet diesen Richtplan mit Interesse, wäre aber auch daran interessiert, bereits früher Details über die beabsichtigten Änderungen im Richtplan zu erfahren.

Harry Baldegger wiederholte die Forderung der FW-Fraktion nach einem Gesamt-Verkehrskonzept. Auch er kritisierte wie seine Vorredner die lange Dauer bis zur Fertigstellung des Verkehrskonzepts. Daniel Schneider (GP) forderte neue Lösungsansätze wie P+R-Parkplätze ausserhalb der Stadt und Ausbau des öffentlichen Verkehrs beispielsweise mit der Verlängerung der Tramlinie von Wollishofen bis Adliswil.

Grundstücksverzeichnis

Bernie Corrodi (FW), Erstunterzeichnender der Interpellation zum Grundstücksverzeichnis der Stadt Adliswil, forderte das Kapital der städtischen Grundstücke gewinnbringend im Baurecht einzusetzen. In diesem Sinne äusserte sich auch Xheli Etemi (SP):

Der grösste Teil des städtischen Grundbesitzes besteht aus Waldflächen (fast 1,4 Mio qm). Innerhalb der Bauzonen besitzt die Stadt nur 14700 qm unbebaute Fläche (das entspricht ca. 1 Prozent der Waldfläche), nachdem die Stadt seit 2005 mehr als 67000 qm verkauft hat. 48000 qm sind im Baurecht abgegeben, das sind 2,5 qm pro Einwohner. Diesen Anteil sollte man sicher noch erhöhen.

Silvia Helbling (FDP) hob den Gesamtwert der städtischen Grundstücke hervor und bedauerte einmal mehr, dass dieses Kapital wegen der erfolgreichen Bodeninitiative gebunden sei. Marianne Oswald analysierte die vom Stadtrat in seiner Antwort gelieferten Tabellen und hielt fest, dass es nur noch neun unverbaute städtische Grundstücke innerhalb der Bauzonen gebe. Das umfangreiche Kapital, auf das Silvia Helbling sich in ihrem Votum bezogen hat, umfasst gemäss Oswalds Analyse nur zur Hälfte unbebaute Parzellen, die andere Hälfte verteile sich auf Gebäude und auf im Baurecht vergebene Parzellen.

Der Gemeinderatspräsident schloss die Sitzung um 22:15 Uhr und kündigte die nächste Gemeinderatssitzung am 1. Juli wiederum in der Turnhalle Tüfi an, weil dann Einbürgerungen stattfinden werden und deshalb mehr Raum zur Einhaltung der Abstandsregeln benötigt werde.